

SCHWERPUNKT ZUR CORONA-PANDEMIE II

Alexander Bogner und Wolfgang Menz

Wissen und Werte im Widerstreit

Zum Verhältnis von Expertise und Politik in der Corona-Krise

1. Einleitung

Die zu Beginn der Corona-Krise ergriffenen politischen Maßnahmen schickten die Gesellschaft in ein Realexperiment, das als empirische Belastungsprobe für soziologische Konzepte und Theorieannahmen genutzt werden kann. In arbeitssoziologischer Hinsicht bereichern die Erfahrungen mit dem *Homeoffice* die Debatte um die Entgrenzung von Arbeit. Aus familiensoziologischer Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern die (ungleiche) Verteilung von Sorgelasten einen Rückfall in überkommen geglaubte Geschlechterrollen bedeutet. Die Techniksoziologie wird sich dafür interessieren, welche Folgen die durch Corona intensivierte digitale Kommunikation in allen Lebensbereichen hat. Aus systemtheoretischer Perspektive wurde die Corona-Pandemie als riskantes Sozialexperiment charakterisiert, das die bestehenden Grenzen zwischen den Funktionssystemen aufweicht und dabei – entgegen allen vorangegangenen Entwicklungstendenzen – die Ökonomie kurzfristig dem politischen Regiment unterordnet¹ beziehungsweise alle Funktionssysteme einem einzigen Imperativ, nämlich dem des Gesundheitsschutzes, unterwirft.²

In unserem Beitrag nehmen wir die Corona-Krise aus wissenschaftssoziologischer Perspektive in den Blick und fokussieren dabei auf die Bedeutung wissenschaftlicher Expertise für die Aushandlung politischer Konflikte und die Begründung politischer Entscheidungen. Die Wissenschaftssoziologie hat sich stets für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik interessiert und mit lockerem Bezug auf Luhmann gefragt, wie sich angesichts zunehmender wechselseitiger Abhängigkeiten die Autonomie der beiden Funktionssysteme behaupten lässt. Aufschluss darüber gaben nicht zuletzt empirische Studien zur Funktion wissenschaftlicher Expertise in politischen Entscheidungsprozessen.³ Uns geht es mit Blick auf die Politikberatung in der Corona-Krise weniger um Prioritätsfragen in systemspezifischer Hinsicht (dominiert die Wissenschaft oder die Politik?), sondern um die Frage, welchen Einfluss das Problem-*Framing* auf das Verhältnis von Politik und Expertise hat.

Die Corona-Krise macht deutlich, dass wissenschaftliche Expertise nach wie vor die maßgebliche Ressource in gesundheitspolitischen Streitfragen ist. Wir werden

1 Nassehi 2020.

2 Stichweh 2020.

3 Vgl. Weingart 2001; Brown et al. 2006

in diesem Beitrag zeigen, dass zugleich aber im Verlauf der politischen Krisenbearbeitung ein Wandel im Verhältnis von Expertise und politischer Entscheidung sichtbar wurde, der das anfängliche krisenschockinduzierte Kurzschließen beider Funktionssysteme allmählich brüchig werden ließ. Jener weitreichende Konsens, der der Politik zu Beginn der Krise die Chance gab, sich als alternativlos zu begreifen, löste sich bald auf. Welche Auswirkungen hatte dies in Bezug auf die politisch relevante Expertise? Welche Stimmen wurden gehört, und welche Impulse galten als produktiv? Und wie änderte sich das Verhältnis zwischen Expertise und Politik? Diesen Fragen gehen wir im Folgenden anhand der Analyse zentraler Stellungnahmen aus der institutionalisierten Politikberatung im ersten *Lockdown* nach.⁴ Dabei wird deutlich, dass das Verhältnis zwischen Expertise und Politik eng mit dem interpretativen Rahmen zusammenhängt, innerhalb dessen die politischen Konflikte ausgetragen werden: Während Konflikte, die sich auf epistemische Aspekte konzentrieren, die Gefahr des Szentismus steigern, erhöht sich die Autonomie der Politik, sobald Wertesaspekte in den Vordergrund treten.

2. Thematisierungsweisen: Die Rahmung politischer Auseinandersetzungen

Politische Konflikte können sich nur dann entwickeln, wenn die beteiligten Parteien gleichermaßen von der Bedeutung eines bestimmten Problems überzeugt sind, wenn sie, mit anderen Worten, innerhalb desselben Sinnhorizonts oder Rahmens (*Frame*) operieren. Aus diesem Grund spielt der Aspekt des *Framing* für sozialwissenschaftliche Krisen- und Konfliktanalysen eine zentrale Rolle. Auch wenn die Konzepte von *Frame* und *Framing* seit den 1990er Jahren von vielen verschiedenen akademischen Disziplinen aufgegriffen wurden,⁵ ist die aktuelle sozialwissenschaftliche Debatte stark von der Medientheorie und den Kommunikationswissenschaften mit ihrem Fokus auf *Media Frames* oder *News Frames* geprägt. Aus dieser Perspektive sind *Frames kognitive Schemata*, die komplexe Sachverhalte zugänglich machen, »indem bestimmten Überlegungen und Argumenten gegenüber anderen größeres Gewicht beigemessen wird«.⁶

Da empirische Studien mediale *Frames* häufig im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Einstellungen der Öffentlichkeit untersuchen, konzentrieren sie sich darauf, wie Interessengruppen Rahmenbildungsprozesse beeinflussen. Mächtige Akteure stehen unter dem Verdacht, sich reflexiv und bewusst für einen Rahmen zu entscheiden, um ihren Interessen diskursives Gewicht zu verleihen.⁷

4 Die empirische Basis unserer Ausführungen bildet eine Auswertung der Stellungnahmen der zentralen Expertengremien (Leopoldina, Deutscher Ethikrat) sowie der Bezüge von politischen Akteuren (hier beschränkt auf Vertreterinnen und Vertreter des Kabinetts) auf Expertise in den entsprechenden Medienveröffentlichungen sowie den Bundestagsdebatten.

5 Vgl. van Hulst, Yanow 2014.

6 Nisbet 2010, S. 44; eigene Übersetzung.

7 Vgl. Callaghan, Schnell 2001; Chong, Druckman 2007.

Im Gegensatz zu dieser machtstrategischen Lesart gilt es allerdings zu betonen, dass *Frames* gerade deshalb für kollektive Sinnfindung einflussreich werden, weil sie auf historisch überlieferte und kulturell vermittelte Narrative und Interpretationen zurückgreifen⁸ und damit kaum beliebig gewählt und manipuliert werden können. Das *Framing* kollektiver Streitfragen ist meist ein stillschweigender und kein expliziter oder strategischer Prozess. Im Unterschied zu einigen medientheoretischen Ansätzen gehen wir also davon aus, dass in politischen Konflikten die unterschiedlichen Lager nicht gezielt zwischen alternativen Rahmen wählen (und dies auch gar nicht tun könnten). Meist ist ihnen gar nicht bewusst, dass beziehungsweise warum sie sich auf bestimmte *Frames* beziehen.

Ganz im Sinne der *Public Policy Studies* verstehen wir Rahmen als Interpretationsschemata, die in politischen Kontroversen eine herausragende Rolle spielen.⁹ Allerdings wird in den *Public Policy Studies* vielfach angenommen, dass politische Kontroversen aus der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Rahmen entstehen, die miteinander unvereinbar sind. In anderen Worten: Politische Kontroversen galten als Kampf zwischen konkurrierenden Rahmen um die Definition der für diese Kontroverse konstitutiven Konzepte, Wahrnehmungen und Begriffe.

Dagegen lässt sich einwenden, worauf bereits Georg Simmel hingewiesen hat: Die Verfestigung von Auseinandersetzungen macht die beiderseitige Anerkennung von Regeln und Normen notwendig. In der »Form des Kampfes« werden »vereinigende Kräfte« wirksam – mit oder gegen den Willen der Beteiligten.¹⁰ In diesem Sinne lässt sich mit Niklas Luhmann konstatieren: »Konflikte dienen also gerade der Fortsetzung der Kommunikation«, und zwar, wie er ergänzt: als Fortsetzung der Kommunikation »durch Benutzung einer der Möglichkeiten, die sie offen hält: durch Benutzung des Nein«.¹¹ Aber wiederum: Damit dieses »Nein« überhaupt verstanden wird, muss ein gemeinsamer Rahmen existieren, ein geteilter Sinn- und Kommunikationshorizont, auf den die verschiedenen Akteure der Konfliktustragung sich gleichermaßen beziehen können. Auseinandersetzungen werden also nicht nur strukturiert durch das, was kontrovers und umstritten ist, sondern auch (und vielleicht sogar viel mehr) durch das, was unhinterfragt geteilt wird. Diese basalen Rahmungen definieren die Grundkoordinaten der (sinnhaften) Konfrontation. Sie bestimmen, welches Wissen und welche Argumente als legitim gelten und was von vornherein als nicht konfliktrelevant ausgeblendet wird. Um sie von dem allgemeineren (und diffuseren) Begriff des *Frames* zu unterscheiden, sprechen wir von solchen Basisrahmen, die gleichsam die normativen Koordinaten von diskursiv ausgetragenen Konflikten definieren, als »Thematisierungsweisen«.¹² Thematisierungsweisen sind – im Unterschied zu *Frames* – also keine Instrumente, die man anwendet, um abstrakten Dingen Sinn zu verleihen;

⁸ Macnaghten et al. 2015.

⁹ Schön, Rein 1994.

¹⁰ Simmel 1958 [1908].

¹¹ Luhmann 1984, S. 530.

¹² Bogner, Menz 2006 b; Bogner, Menz 2010.

sie sind vielmehr die gemeinsame diskursive Grundlage der Konfliktparteien, also so etwas wie ein Magnet, an dem sich die konkurrierenden Positionen in ihren Konzepten, ihrer Begriffswahl, ihren Begründungsstrategien ausrichten (und auszurichten haben).

Das Konzept der Thematisierungsweise zielt auf die Kennzeichnung latenter, nichtintentionaler Machtwirkungen hinaus. Thematisierungsweisen determinieren den Diskurs nicht hinsichtlich seiner konkreten Ergebnisse; sie beeinflussen ihn aber insofern, als die konkurrierenden Parteien sich konstruktiv auf etablierte Leitunterscheidungen beziehen müssen (zum Beispiel gut/böse, etwa im Streit um die Abtreibung, oder riskant/sicher, etwa im Streit um die Atomkraft). Nur im Rekurs auf etablierte Thematisierungsweisen können Widersprüche und Dissens sichtbar und kommunizierbar gemacht werden. Das heißt aber auch, dass die konkurrierenden Parteien auf bestimmte Themen, Begriffe und Argumentationswege festgelegt werden. Dieser subtile Zwang zur Konstruktivität innerhalb eines bestimmten Konfliktzusammenhangs bezeichnet die Macht des Diskurses. Die Artikulation von Dissens ist möglich (ja regelrecht nötig, um den Konfliktzusammenhang aufrechtzuerhalten), aber nur innerhalb und unter Bezug auf die dominante Thematisierungsweise. Mit der Herausbildung und Etablierung einer bestimmten Thematisierungsweise ist jedoch noch nicht darüber entschieden, welche der verschiedenen Positionen innerhalb dieses Rahmens durchsetzungsfähiger ist.

Mit Blick auf politische Konflikte können distributive, epistemische oder normative Aspekte stark gemacht werden, was diesen Konflikten den Charakter von Interessenkonflikten, Wissenskonflikten oder Wertkonflikten verleiht. Diese Konfliktformen haben aufgrund der Fluidität von Thematisierungsweisen keinen statischen Charakter. Anders gesagt: Im zeitlichen Verlauf von politischen Konflikten entwickeln sich nicht nur die unterschiedlichen inhaltlichen Positionen innerhalb der Thematisierungsweisen, vielmehr verschieben sich diese selbst, was wiederum Folgen für die Einflussfähigkeit der bestehenden Positionen hat. Eine für den folgenden Analysezusammenhang zentrale Differenz ist diejenige zwischen epistemischen und normativen Aspekten beziehungsweise zwischen Wissen und Werten.¹³

Wissenskonflikte zentrieren sich um die Durchsetzung von Wahrheitsansprüchen. Sie sind durch die Erwartung charakterisiert, dass auf Basis wissenschaftlicher Expertise und Methodenanwendung über die Tragfähigkeit von Kausalitätsvermutungen, Risikobehauptungen und Entwicklungsprognosen entschieden werden kann (und muss). Im Mittelpunkt steht hier also die Qualität des Wissens. Die zentralen Fragen lauten: Welches Wissen ist das wahre Wissen? Auf welche Einsichten, Daten, Evidenzen stützt sich dieses Wissen? Wie zuverlässig sind die jeweiligen Wissensbehauptungen? Basieren sie auf wissenschaftsinternen Qualitätssicherungsprozessen? Wie hoch ist das Ausmaß an Uneindeutigkeit beziehungsweise Nichtwissen? Beispiele für solche Wissenskonflikte bieten viele der (immer noch) aktuellen Umwelt- und Technikkonflikte, etwa der zähe Streit um die Interpretation des Klimawandels, um die grüne Gentechnik, um die Gesund-

13 Vgl. Bogner, Menz 2006 a.

heitsrisiken elektromagnetischer Strahlung (Handymasten) oder um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat.

Wertkonflikte hingegen sind durch eine Situation geprägt, in der moralische Richtigkeitsbehauptungen konfigurieren, auf deren Basis legitimerweise über bestimmte Handlungs- und Entscheidungsoptionen befunden wird. In diesen Konflikten ist nicht mehr allein (natur)wissenschaftliche Expertise maßgeblich; an Bedeutung gewinnen vielmehr Disziplinen, die professionell mit Normativität befasst sind (Ethik, Rechtswissenschaft), und verstärkt auch Laienexpertise, weil in pluralistischen Gesellschaften in Moralfragen praktisch niemand vom Diskurs ausgeschlossen werden kann und weil keine grundsätzliche Überlegenheit expertieller Moralbegründung behauptet werden kann. Im Mittelpunkt dieser Konflikte steht die anlassspezifische Aktualisierung und Priorisierung von Werten. Beispiele für solche Wertkonflikte liefern vor allem die Auseinandersetzungen um bioethische Fragen, also etwa der Streit um Todeszeitpunkt und Organtransplantation, um Abtreibung und Sterbehilfe oder – sehr aktuell – um den Umgang mit *Triage*-Situationen auf Intensivstationen.

Tabelle 1: Typologie von Konflikten nach dominanten Thematisierungsweisen

	Wissenskonflikt	Wertkonflikt
Thematisierungsweise (das heißt Fokus auf ...)	Epistemische Aspekte	Normative Aspekte
Gegenstand der Auseinandersetzung	Durchsetzung von Wahrheitsansprüchen	Auseinandersetzung über moralische Richtigkeit
Leitfrage	Wer hat das bessere Wissen? Wie hoch ist das Risiko wirklich?	Was dürfen wir? Sind die Maßnahmen verhältnismäßig?
Erwartungen an Expertise	Objektivität	Ausgewogenheit
Beispiele	Umwelthemen, Risikotechnologien, Gesundheitsfragen	Biopolitik, Fragen von Lebensschutz und Gesundheitsprävention

Quelle: eigene Darstellung.

Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Darstellung um eine idealtypische Differenzierung, denn in der Praxis existiert keine dieser Konfliktformen in Reinkultur. In Wertkonflikten spielen auch epistemische Aspekte eine Rolle, etwa medizinisches Sachstandswissen in der Debatte um die Organspende. Genauso kommen normative Aspekte in Wissenskonflikten zum Tragen, etwa wenn es um die Abwägung verschiedener Risiken geht. Manchmal wird auch die Differenz zwischen Wissen und Werten im Rückgriff auf alternative Unterscheidungen reformuliert. Das heißt, die Differenz zwischen Wissen und Werten transformiert sich in eine Auseinandersetzung um Zwecke (die normativ bestimmt werden) und um die Mittel zu ihrem Erreichen, also um die Begründung und Wirksamkeit des techni-

schen Instrumentariums, mit dem die Zwecke realisiert werden können. Im Rahmen welcher dieser beiden Thematisierungsweisen – Wissen und Werte beziehungsweise Zwecke und Mittel – eine politische Auseinandersetzung verhandelt wird, ist folgenreich für das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Dies stellen wir im Weiteren am Fall der Corona-Krise ausführlich dar.

3. Vom Konsens zum Konflikt – eine kurze Chronik der Corona-Krise

Mitte April 2020, rund vier Wochen nach Verhängung des ersten *Lockdown*, als das Gröbste überstanden schien, hatte die Corona-Krise jedenfalls in politischer Hinsicht einen Wendepunkt erreicht: Die Lust zur Opposition war zurückgekehrt. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner erklärte in der zweistündigen Bundestagsdebatte vom 23. April 2020, aufgrund zunehmender Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen »endet heute die große Einmütigkeit in der Frage des Krisenmanagements«.¹⁴ Die Wiederentdeckung oppositionellen Widerspruchsgeistes nach einer Phase des nationalen Schulterschlusses erschien vielen wie das Erwachen der Politik aus einem Schockzustand: »Es ist wie unmittelbar nach einem Unfall: Zunächst regiert der Schock, vieles geschieht automatisch, Kopf und Körper kennen nur eines, nämlich die Bewältigung der Folgen des Unfalls. Irgendwann aber, wenn das Überleben vorerst gesichert zu sein scheint, werden die alten Instinkte und Reflexe wieder wach. So ist es auch mit der politischen Reaktion auf die Pandemie.«¹⁵

Die medizinische Analogie ist treffend, erklärt jedoch nicht, warum sich zu Beginn der Corona-Krise eine weitgehende Konsonanz zwischen Politik und Gesellschaft stabilisierte. Tatsächlich konnte sich die Politik zunächst weitgehend darauf beschränken, die Krise zu administrieren, solange die Angst vor der Corona-Pandemie dominierte und die kollektive Opferbereitschaft hoch war. Das heißt, es ging in der Anfangsphase vor allem darum, durch Ausgangsbeschränkungen und Versammlungsverbote die Ansteckungsrate zu reduzieren (*flatten the curve*), mehr und schnellere Tests zur Verfügung zu stellen, ausreichend Schutzbekleidung und Atemmasken zu organisieren, die Kapazitäten in der medizinischen Intensivbetreuung zu erhöhen und die Impfstoffforschung effizient zu fördern. All das sind zweifellos ernste, aber letztlich »nur« verwaltungstechnische Herausforderungen. Die Katastrophenbilder aus der Lombardei begründeten die vollständige Ausrichtung des exekutiven Handelns am Imperativ der Nichtüberlastung des Gesundheitssystems.

Aufgrund dieses weitgehenden Wertekonsenses konzentrierten sich die Debatten zunächst auf epistemische Aspekte. Innerhalb der Virologie entwickelten sich bald offen ausgetragene Auseinandersetzungen über mögliche Ansteckungswege, über den Pandemieverlauf oder über den Nutzen von Atemschutzmasken. Diese Wis-

¹⁴ Dieses Zitat stammt aus der 156. Sitzung des Deutschen Bundestags am 23. April 2020. Es findet sich im Plenarprotokoll 19/156 auf Seite 19304.

¹⁵ Lohse 2020.

senskonflikte führten dazu, dass sich manche Politikempfehlungen mit der Zeit änderten; sie resultierten jedoch nicht in einer grundsätzlichen (Selbst-)Infragestellung der Wissenschaft. Politik und Öffentlichkeit interpretierten die Krise einhellig entlang jener Basisbegriffe und Deutungsmuster, die aus Virologie und Epidemiologie stammten. Diese klärten über Infektiosität, die Reproduktionszahl R, Viruslastschwellenwerte und Verdopplungszeiten auf und lieferten der Politik die Argumente. In den Talkshows wurde erklärt und informiert, aber kaum gestritten. Mangels politisch wirkungsvollen Dissenses blieb die Corona-Krise darum in den ersten Wochen eine administrative Herausforderung.

Der breite politische Konsens basierte in normativer Hinsicht auf zwei Beweggründen. Zum einen auf dem Prinzip der Gleichbehandlung: Man wollte um jeden Preis eine Überlastung des Gesundheitssystems vermeiden, um nicht angesichts einer drohenden *Triage* Selektionsentscheidungen nach Maßgabe verfügbarer Intensivbetten betreiben und auf diese Weise eine Hierarchisierung des Werts von Menschenleben vornehmen zu müssen. Zum anderen basierte der Konsens auf der abstimmungsfreien und kompromisslosen Priorisierung des Lebensschutzes. Die Absolutheit des Lebensschutzes stand dabei in eigenartigem Kontrast zu dessen ausdrücklicher Relativierung in den bioethischen Debatten der jüngeren Vergangenheit; Beispiele dafür sind die hochkontroversen Auseinandersetzungen um die Forschung mit embryonalen Stammzellen oder die Präimplantationsdiagnostik in den Nullerjahren. Erst im weiteren Verlauf der Corona-Debatte, Ende April 2020, wurden Zweifel an dieser absoluten Vorrangstellung des Lebensschutzes öffentlichkeitswirksam artikuliert.¹⁶

Aus einer Krisensituation, die aufgrund eines weitreichenden Wertekonsenses zunächst »nur« auf Basis wissenschaftlicher (und das hieß anfangs: virologischer) Expertise administriert werden musste, entwickelte sich mit der Zeit eine Grundsatzkontroverse um die Verhältnismäßigkeit der politischen Maßnahmen. Diese Grundsatzdebatte wurde anfangs innerhalb der epistemischen Thematisierungsweise ausgetragen, das heißt, es bestand in dieser Phase der Zwang, auch bei divergierenden Werten oder Interessen mit Verweis auf Daten, Zahlen und Statistiken zu argumentieren. Diese Intensivierung der Wissenskonflikte führte erst später zu einem offenen Wertkonflikt und damit zu einer Transformation der Thematisierungsweise.

Gesundheitsfachleute hatten schon Mitte April eine Generalkritik am Regierungshandeln formuliert, und zwar mit Blick auf die der Präventionspolitik zugrunde liegende Datenbasis: Die Zahl der gemeldeten Infektionen habe eine geringe Aussagekraft, weil sie von der Verfügbarkeit der Tests abhänge, und die Zahlen zur Sterblichkeit überschätzten systematisch das Problem, weil die Grundgesamtheit der Infizierten unbekannt sei – und oft genug auch die wirkliche Todesursache.¹⁷ Psychologen erinnerten an die psychosozialen Belastungen infolge

16 Diese Zweifel brachte Wolfgang Schäuble in einem Interview für den *Tagesspiegel* (26. April 2020) auf den Punkt, indem er die Absolutheit des Lebensschutzes als sachlich falsch bezeichnete.

17 Schrappe et al. 2020.

von Kontaktarmut und häuslicher Enge, Soziologinnen warnten vor zunehmender Bildungsungleichheit durch die längerfristige Schließung von Schulen und Geschlechterforscher vor der Gefahr einer Retraditionalisierung der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Vor allem aber traten die wirtschaftlichen Folgekosten des Gesundheitsschutzes immer stärker in den Radius der öffentlichen Aufmerksamkeit. Der Dax war im März 2020 in wenigen Tagen auf ein historisches Tief abgerutscht und hatte im Vergleich zum Jahresbeginn fast 40 Prozent verloren.

Doch selbst die ökonomisch motivierte Kritik am *Lockdown* sah sich anfangs gezwungen, sich konstruktiv auf den Basiswert des Lebensschutzes zu beziehen. Die Anklage mancher Ökonominnen und Ökonomen lautete denn auch: Nicht nur das Corona-Virus kann tödlich wirken, sondern auch dauerhafte Arbeitslosigkeit. In der Folge wurden Corona-Todesopfer gegen potenzielle Opfer der globalen Wirtschaftskrise aufgerechnet.¹⁸ Das heißt, die eigentlich ökonomisch motivierte Kritik argumentierte mit den gesundheitlichen Folgen von Wirtschaftskrisen. Selbst grundsätzlicher Dissens – mit anderen Worten – bestätigte die Hegemonie jenes Basiswerts (Lebensschutz), der das politische Krisenmanagement anleitete. Die Kontroverse konzentrierte sich damit auf das Problem der richtigen Handlungsstrategien und nicht auf das Problem der (notwendig wertbasierten) Zielbestimmungen. Kurzum: Der Wert des Lebensschutzes war unhinterfragter Hintergrund der epistemischen Thematisierungsweise.

4. Wissen statt Werte? Politikberatung durch Expertengremien

Auch mit Blick auf die Ebene der Politikberatung wird diese Akzentverlagerung, also die Ausweitung der Mitspracheberechtigten, im Zuge der Krise deutlich. Gleichzeitig erweist sie sich als zentraler Faktor für den Wandel beziehungsweise eine Pluralisierung der anfangs dominierenden, epistemischen Thematisierungsweise. Hatte sich nämlich zu Beginn der Krise die Virologie als unbestrittene Leid disziplin etabliert, so erhielten, je länger der *Lockdown* andauerte, auch andere Disziplinen, insbesondere aus dem Bereich der Sozialwissenschaften, Gehör. Dies brachte die Einsicht zum Ausdruck, dass das Corona-Virus ein vielschichtiges Problem mit ökonomischen, psychosozialen und rechtlichen Aspekten darstellt, das man nicht allein mittels virologischer oder medizinischer Expertise in den Griff bekommt. Diese zunehmende Aufwertung interdisziplinärer Expertise lässt sich auf dem Feld der institutionalisierten Politikberatung nachzeichnen, und zwar am Beispiel der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Die Leopoldina publizierte zwischen Mitte März und Mitte April 2020 drei Ad-hoc-Stellungnahmen zur Corona-Pandemie.

¹⁸ Pennekamp 2020. In diesem Zeitungsartikel mit dem Titel »So tödlich sind Wirtschaftskrisen« wird auf ökonomische Studien Bezug genommen, die sich um eine Quantifizierung sinkender Lebenswahrscheinlichkeit als Folge von Arbeitslosigkeit bemühen, darunter Studien von der Universität Bristol, aus Chicago sowie – die zentrale Referenz in dem FAZ-Artikel – von Till von Wachter von der UCLA.

Die erste Stellungnahme vom 21. März 2020 unterstreicht im Wesentlichen die Angemessenheit der von der Bundesregierung beziehungsweise den Bundesländern ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. In dem sehr knapp gehaltenen, drei Seiten langen Papier wird hervorgehoben, dass ein deutschlandweiter temporärer *Lockdown* »aus wissenschaftlicher Sicht empfehlenswert«¹⁹ ist, ohne dass diese wissenschaftlichen Gründe näher erörtert werden. Im Übrigen wird eine Reihe gesundheitspolitischer Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auf den Schutz vulnerabler Personengruppen, auf die Ausweitung und Verbesserung der Diagnostik sowie auf die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen beziehen. Die 16-köpfige Leopoldina-Arbeitsgruppe bestand überwiegend aus Fachleuten aus den Bereichen der Medizin, Biochemie und Virologie.

Die zweite Stellungnahme vom 3. April 2020 versteht sich als Ergänzung der ersten Stellungnahme und schlägt gesundheitsrelevante Maßnahmen vor, die zu einer schrittweisen Normalisierung des öffentlichen Lebens beitragen sollen.²⁰ Zu Beginn des – ebenfalls drei Seiten langen – Papiers wird betont, dass die von der Politik durchgesetzten Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung weiterhin zentral seien. Um eine differenzierte Lockerung der Maßnahmen auf den Weg zu bringen, empfiehlt die Leopoldina-Arbeitsgruppe im Anschluss drei Dinge, nämlich die flächendeckende Nutzung von Mund-Nasen-Schutz, die Entwicklung und Verwendung einer Corona-App, um Kontaktpersonen effizienter nachverfolgen zu können, und schließlich den Ausbau der Testkapazitäten. In einem Schaubild, das Ergebnisse einer Modellierung des Infektionsverlaufs für die Monate März bis Juni 2020 darstellt, wird in Aussicht gestellt, dass sich die Infektionsrate schon ab Anfang Mai auf Null reduzieren könnte, wenn die Maßnahmen optimal umgesetzt werden würden. Dieses optimistische Szenario wird allerdings mit Verweis auf rezente Entwicklungen in Südkorea relativiert, die deutlich machen, dass selbst vorbildliches Verhalten neue Infektionen nicht ausschließen kann. Die jetzt 19-köpfige Arbeitsgruppe war in personeller Hinsicht mit der ersten Arbeitsgruppe weitgehend identisch, bestand also wieder überwiegend aus Fachleuten aus den Bereichen der Medizin, Biochemie und Virologie. Allerdings erforderte die Auseinandersetzung mit digitalen Präventionsstrategien (Corona-App) die Berücksichtigung weiterer Expertise, im konkreten Fall aus dem Bereich des Gesundheitsrechts beziehungsweise der Informatik.

Die dritte Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina wurde am Ostermontag, den 13. April 2020, publiziert.²¹ Sie war in der Öffentlichkeit mit Spannung erwartet worden und galt nach ihrer Veröffentlichung als Meilenstein für die politische Debatte über eine schrittweise Lockerung der Kontakteinschränkungen. Schließlich hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Blick auf die für den 15. April angesetzte Telefonkonferenz mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder erklärt, dass das Leopoldina-Gutachten eine wichtige Grundlage ihrer

19 Leopoldina 2020 a, S. 2.

20 Leopoldina 2020 b.

21 Leopoldina 2020 c.

Entscheidung sei.²² Allerdings hatte im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz gar keine koordinierte Debatte stattgefunden, in der auch die Empfehlungen der Leopoldina hätten politisch eingeordnet werden können. So blieb der reale Stellenwert dieser Stellungnahme für die politische Planung der Wiederinbetriebnahme des öffentlichen Lebens einigermaßen unklar. Dazu trug bei, dass die Expertinnen und Experten – mit Ausnahme der Forderung nach schnellstmöglicher Wiederöffnung der Schulen für Jüngere – kaum konkrete Vorschläge für eine Rückkehr in die Normalität geliefert hatten.

Die 18 Seiten lange Stellungnahme gliedert sich in Schwerpunktthemen, die von fünf Kleingruppen arbeitsteilig, in kurzer Zeit und ohne Diskussionen innerhalb des Gremiums bearbeitet worden waren.²³ Im einleitenden *epidemiologischen Abschnitt* des Papiers dominiert die Forderung, die Datenlage zu verbessern sowie regionale und repräsentative Erhebungen durchzuführen. Außerdem soll der Prozess der Datenerfassung, Datenaufbereitung, Standardisierung und Integration in prognostische Modelle substantiell beschleunigt werden. Im Abschnitt über *Risikokommunikation* wird gefordert, dass absolute Zahlen durch aussagekräftige Vergleiche ergänzt werden müssten, um den Bürgerinnen und Bürgern ein realistisches Bild vom individuellen beziehungsweise systemischen Risiko der Pandemie zu vermitteln. Eine differenzierte Risikobetrachtung stärke die Mitwirkungsbereitschaft, und auf Eigenverantwortung basierender Selbstschutz und Solidarität seien wichtiger als Sanktionen. Im Kapitel über *psychische Folgen* wird ein niedrigschwelliger Zugang zu Hilfsangeboten (Hotlines, Beratungsdienste) sowie besondere Hilfe für Risikogruppen und Problemfamilien gefordert.

Im Kapitel über *soziologische bzw. politologische Aspekte* wird die Verhältnismäßigkeit der politischen Maßnahmen eingefordert. Die Politik solle die »Mehrdimensionalität des Problems anerkennen«,²⁴ die Perspektiven von Betroffenen und Gefährdeten berücksichtigen sowie die jeweiligen Abwägungsprozesse transparent gestalten und ausführlich kommunizieren. Für den *Bildungsbereich* fordert die Leopoldina die Wiedereröffnung der Schulen »so bald wie irgend möglich«,²⁵ zunächst beschränkt auf Grundschule und Sekundarstufe I, weil Jüngere verstärkt auf Anleitung und Resonanz angewiesen seien. Begründet wird die Forderung mit Hinweis auf die im Zuge des *Homeschooling* sich weiter verschärfende Bildungsungleichheit. Mit Blick auf die *Wirtschafts- und Finanzpolitik* wird die Politik aufgefordert, Hilfen zur Überbrückung der Krise bereitzustellen. Staatliche Beteiligungen an Unternehmen sollten auf Notfälle beschränkt bleiben. Die Wirtschaft soll auf den alten Wachstumspfad zurückfinden, aber im Einklang mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Grundlegende Wirtschaftsziele, über die schon vor der Krise weitgehender Konsens bestand, sollten keinesfalls vernachlässigt werden, wie zum Beispiel der Schuldenabbau oder das Festhalten an der Marktwirtschaft.

22 Siehe www.tagesschau.de/inland/corona-massnahmen-leopoldina-101.html (Zugriff vom 04.01.2021).

23 Schmoll 2020.

24 Leopoldina 2020c, S. 12.

25 Ebd., S. 13.

Über weite Strecken liest sich diese dritte Leopoldina-Stellungnahme wie eine große Programmatik, die sich im Wesentlichen grundlegender Fachkenntnisse und reflektierter Zeitungslektüre verdankt. Zu diesem Eindruck trägt bei, dass es keinen Hinweis auf Daten und Studien gibt, die den Überlegungen des Expertengremiums zugrunde liegen. Erarbeitet wurde die Stellungnahme von einer mittlerweile 26-köpfigen Arbeitsgruppe innerhalb einer Woche. Neben einigen wenigen Fachleuten aus Biologie und Medizin waren auch die Ökonomie, Rechtsphilosophie, Sozialgeschichte, Ethik, Bildungsforschung, Psychologie und Soziologie vertreten. Auffällig an dieser Stellungnahme ist, dass die an die Wirtschafts- und Bildungspolitik, an die Gesundheitsforschung und alle Bürgerinnen und Bürger adressierten Forderungen additiv nebeneinander stehen bleiben. Ein interdisziplinärer Austausch über grundsätzliche Fragen der Verhältnismäßigkeit, des Spannungsverhältnisses von Freiheitsbeschränkung und Gesundheitsschutz, über konkurrierende Werte und Interessen wird anhand des Dokuments nicht erkennbar. Es gibt in der Stellungnahme auch keine abweichenden Meinungen, keine Minderheitenvoten, also keinen erkennbaren Dissens. Alle Argumentationen, Wertbekenntnisse und Forderungen sind konsensual formuliert.

Dies deutet darauf hin, dass (notwendigerweise strittige) Wertfragen in den Verhandlungen der Leopoldina-Arbeitsgruppe keine große Rolle gespielt haben. Denn in Wertfragen ist ein weitreichender Konsens der Expertinnen und Experten nicht plausibel. Und gerade in interdisziplinären Expertengremien sind nicht nur unterschiedliche Fachkulturen anwesend, sondern immer auch verschiedene, oft divergierende weltanschauliche Positionen und normative Prämissen. Diese können nur so lange latent gehalten werden, wie sich die Debatte vorwiegend auf *epistemische Aspekte* bezieht, eben auf Fragen der Datenqualität, der Zuverlässigkeit von Modellen und Szenarien, der Berechenbarkeit und Abwägung von Risiken, der Wahrscheinlichkeit bestimmter Nebenfolgen usw. Solange vor allem die Tragfähigkeit von Kausalitätsvermutungen, von Risikoeinschätzungen und Entwicklungsprognosen im Mittelpunkt des Interesses steht, wird letztlich um Wahrheitsbehauptungen gerungen. In diesen Auseinandersetzungen ist der Rekurs auf wissenschaftliche Expertise von zentraler Bedeutung; Wertaspekte geraten tendenziell in den Hintergrund.

Im Gegensatz zur Leopoldina drängte der Deutsche Ethikrat dagegen geradezu darauf, Wertaspekte sichtbar und prominent zu machen. In seiner Ad-hoc-Stellungnahme vom 27. März 2020 versuchte das Expertengremium dafür zu sensibilisieren, dass die Corona-Krise eine Reihe normativer Konflikte heraufbeschwört, die keineswegs allein auf (natur)wissenschaftlicher Grundlage entschieden werden können.²⁶ Insbesondere forderte der Ethikrat, die im Laufe der Zeit sich erhöhenden ökonomischen, psychischen und sozialen Folgekosten zu berücksichtigen. Ihm ging es nicht um eine Bewertung oder Empfehlung politischer Maßnahmen aus einer dezidiert ethischen Perspektive, das heißt im Rekurs auf eine Abwägung grundlegender ethischer Positionen (wie etwa den Utilitarismus, die Diskurs- oder Verantwortungsethik). Es werden auch die den politischen Maßnahmen zugrunde

26 Deutscher Ethikrat 2020.

liegenden Werte nicht gegeneinander abgewogen, also zum Beispiel: Wie weit reicht der Lebensschutz? Was heißt dieser Begriff überhaupt im konkreten Fall? Wie ist zwischen individuellen Freiheits- und Partizipationsrechten auf der einen Seite und dem Gesundheitsschutz auf der anderen Seite abzuwegen?

Die Vermeidung konkreter Wertabwägungen erklärt im Übrigen, warum auch diese Stellungnahme konsensuell verfasst wurde. Dem Ethikrat ging es eher um eine Ethik-Programmatik denn um konkrete, ethisch begründete Empfehlungen. Das heißt, seine Stellungnahme ist Vorbote einer stärkeren Fokussierung auf grundsätzliche Wertfragen und die Abwägung von Zwecken. Das Anliegen des Ethikrats ist es vor allem, die konkreten Streitfragen explizit als normative Konflikte wahrzunehmen, letztlich wohl deshalb, um der Corona-Politik jeden Anschein von Sachzwanghaftigkeit zu nehmen. Dass die Stellungnahme des Deutschen Ethikrats weniger öffentliche Resonanz erfuhr als jene der Leopoldina, mag darauf hindeuten, dass eine Erweiterung (oder Transformation) der dominanten Thematisierungsweise (von »Wissen« zu »Werten«) zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht als legitim galt – und man vor allem auf naturwissenschaftliche Expertise vertraute.

5. Politik zwischen Autonomie und Szientismus

Die Corona-Krise hat eindrücklich vor Augen geführt, was die Wissenschaft für ihre Gesellschaft leistet. Zuallererst wurde deutlich, dass wir globale Gefährdungen wie eine Pandemie ohne die Wissenschaft gar nicht ursächlich erkennen, erklären und wirkungsvoll behandeln könnten. Ohne die moderne, experimentelle Wissenschaft wäre der Krankheitserreger gar nicht existent, und die Pandemie bliebe eine schicksalhafte Heimsuchung. Ohne die Wissenschaft gäbe es daher auch wenig Hoffnung darauf, die Pandemie effizient und langfristig einzudämmen. Noch nie wurden in derart kurzer Zeit wirksame Impfstoffe entwickelt wie im Corona-Fall.

Aber auch im Hinblick auf den politischen Umgang mit der Krise offenbart sich die hohe Abhängigkeit der Gesellschaft von wissenschaftlicher Expertise. Der hilfesuchende Blick der vom Corona-Virus überraschten Politik richtete sich nicht auf die Expertise von NGOs und Interessenverbänden oder auf die Erfahrungen nichtwissenschaftlicher Akteure. Von Beginn an dominierte die Wissenschaft in Gestalt von Virologie und Epidemiologie das Feld. Die maßgeblichen Statements, Interviews und Podcasts kamen von den Virologen und Virologinnen, die in der Krise zu Medienstars avancierten. Die Namen von Christian Drosten, Melanie Brinkmann, Alexander Kekulé oder Hendrik Streeck waren in den deutschen Medien allgegenwärtig. Es war daher nur konsequent, dass Bildungsministerin Anja Karliczek Anfang April in einem Zeitungsbeitrag ausdrücklich festhielt: »Wissenschaftliche Erkenntnisse leiten die Politik und leiten uns wie selten zuvor.«²⁷

27 Karliczek 2020.

Wie wir gesehen haben, ist das Verhältnis von wissenschaftlicher Expertise und Politik im Krisenverlauf allerdings in einigen Punkten in Bewegung geraten. Dies steht in Zusammenhang mit einer tendenziellen Verschiebung von der epistemischen zur normativen Thematisierungsweise sowie einer veränderten Zusammensetzung des (politisch rezipierten) Expertenwissens.

Eine *erste Phase* war geprägt durch die weitgehende Abwesenheit von Differenzen und Konflikten und den erwähnten engen Anschluss politischer Entscheidungen an wissenschaftliche Expertise.²⁸ Der weitgehende Konsens bezüglich der Werteebene beziehungsweise der Zwecksetzung (Leben retten) trug, wie in Abschnitt 3 beschrieben, zur Vorrangstellung der epistemischen Thematisierungsweise bei. In der öffentlichen Debatte und den politischen Bezügen auf Wissenschaft herrschte weitgehend expertielle Monokultur: Gehört wurden im Wesentlichen Fachleute aus der Virologie. Das bedeutete keineswegs, dass innerhalb von Virologie und Medizin Eindeutigkeit und Einstimmigkeit herrschte. Im Gegenteil verwiesen die Expertinnen und Experten selbst immer wieder auf die Dynamik des Erkenntnisstands, und die Vorläufigkeit und Fehlbarkeit von Wissenschaft wurden nie verschwiegen.²⁹ Stets wurde betont, dass Entscheidungen durch die Politik (und nicht durch die Wissenschaft) getroffen werden müssen. Der Politik blieb damit ein gewisser Spielraum, auf jeweils diejenigen expertiellen Positionen zurückzugreifen, die aus politisch-praktischer Perspektive am ehesten umsetzbar erschienen.³⁰

Der Entscheidungsmodus der Politik war im Kern ein administrativer: Es ging (schwer genug!) um die Bereitstellung von Tests, Krankenhausbetten und Fachpersonal, um die Werbung für Hygienemaßnahmen und die Reduzierung persönlicher sozialer Kontakte. Politische Kontroversen wurden kaum ausgetragen, spektakuläre Parlamentsdebatten wurden nicht geführt, die politische Opposition profilierte sich nicht durch Gegenkonzepte, und die öffentliche Zustimmung zu den Vorgaben der Exekutive stieg.

In der *zweiten Phase*, die im Verlauf des April 2020 begann, kündigte sich ein allmäßlicher Wandel der dominanten Thematisierungsweise an. Zunehmend wurde Kritik an den Expertinnen und Experten und der Uneindeutigkeit ihres

28 Genau genommen wäre noch eine weitere Phase zu unterscheiden, die den beiden hier genannten voranging: die Phase der Entstehung von Corona als gesundheitliches und politisches Thema, also gleichsam die Entdeckung des Virus. Sie war geprägt durch eine starke wissenschaftliche Uneindeutigkeit und durch politische Relativierungs- und Beruhigungsstrategien. So hatte Gesundheitsminister Jens Spahn Ende Januar 2020 darauf verwiesen, dass das Corona-Virus harmloser als die übliche Grippe sei und Abschottungsmaßnahmen wie in China nicht notwendig würden. Diese Phase haben wir in unserem Beitrag ausgeklammert. Wir beginnen mit dem Zeitpunkt, zu dem Corona bereits die politische Bühne betreten hat und eindeutig und lagerübergreifend als zentrale Herausforderung diskutiert wird.

29 Dies machten etwa die Podcasts von Christian Drosten deutlich, in denen auch die Differenz zwischen Wissenschaft und Politik immer wieder betont wurde.

30 Auf diejenigen wissenschaftlichen Positionen, die den Nutzen von Mund- und Nasenschutz befürworteten, wurde erst zurückgegriffen, als absehbar war, dass entsprechendes Material in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden konnte.

Wissens geäußert, und zwar ohne dass innerhalb von Virologie und Medizin selbst ein wachsender Dissens zu beobachten gewesen wäre.³¹ Zweifel wurden laut: Ist der Wechsel der handlungsleitenden statistischen Maßzahlen (von den »Verdopplungszeiten« zu den »Basisreproduktionswerten«) nicht ein Zeichen für eine irrlichternde Wissenschaft? Wie gefährlich ist das Virus wirklich? Sind Kinder ansteckend? Und warum können die Fachleute untereinander keine Einigkeit herstellen? Zunehmend wurde die Eigenständigkeit politischer Entscheidungen eingeklagt (die im Übrigen in keiner Phase von den Expertinnen und Experten bezweifelt worden war). Das Infragestellen des virologischen Wissens reichte bis hin zu regelrechten medialen Kampagnen, etwa derjenigen der *Bild-Zeitung* gegen Drosten im Mai 2020. Wie wir gesehen haben, ging dies einher mit einer fachlichen Diversifizierung der Expertise, genauer: der politischen Bezugnahmen auf Expertise. Neben die Virologie traten zunehmend die Ökonomie, Soziologie, Psychologie, aber auch die Statistik.

Interessant ist außerdem, dass in dieser zweiten Phase der bislang bestehende Konsens hinsichtlich der Zweckbestimmungen der politischen Entscheidungen langsam brüchig wurde. Zunächst deutete sich dies *innerhalb* der epistemischen Thematisierungsweise selbst an: Lebensschutz hat Vorrang – aber wird Leben durch die ökonomischen Folgen der politischen Virus-Bekämpfung nicht genauso gefährdet wie durch das Virus selbst? In einem zweiten Schritt gewannen dann weitere Zweckbestimmungen an Eigenständigkeit, es kam zu einer offenen Auseinandersetzung über normative Aspekte: Wie ist Lebensschutz gegenüber anderen Werten – Freiheit, Würde, Partizipationschancen – abzuwägen? Haben nicht auch ökonomische Ziele eine eigenständige Berechtigung? Welche Belastungen sind Eltern und Kinder durch *Homeoffice* und *Homeschooling* zumutbar? Derartige Fragen symbolisieren die Vorrangstellung der normativen Thematisierungsweise.

Zur politischen Logik von Wissenskonflikten

Die spezifischen Charakteristika der Corona-Krise, aber auch mögliche künftige Entwicklungsperspektiven im Verhältnis von Wissenschaft und Politik werden plastischer, wenn man sie mit anderen zentralen Politikfeldern und Krisensituativen vergleicht, in denen wissenschaftliches Wissen und institutionalisierte Expertise ebenfalls eine bedeutende Rolle einnehmen: Auch wenn es um die Bewältigung der Klimakrise geht, um den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft (Glyphosat), um Grenzwerte der Feinstaubbelastung, um Risiken elektromagnetischer Felder (5G-Netz) oder um die Frage der richtigen Ernährung – in all diesen Konflikten ist wissenschaftliche Expertise die zentrale Ressource. So macht sich zum Beispiel der Streit um die richtige Klimapolitik zu einem guten Teil an der Glaubwürdigkeit und wissenschaftlichen Qualität des Weltklimarats (IPCC) fest.

31 Zuerst von denjenigen, die die Forderung stark machten, die Beschränkungen des sozialen Lebens zurückzunehmen, etwa dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet.

Die immer wieder aufflammende Kritik am IPCC – aufgrund mangelnder Gegenexpertise in seinen Reihen, geringer Transparenz der Arbeitsprozesse sowie handwerklicher Fehler – unterstreicht nur den zentralen Stellenwert dieses Expertengremiums im Klimastreit.³²

Denn dieser Streit konzentriert sich primär auf Wissensfragen: Ist der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur eine Folge menschlicher Aktivitäten oder nur ein Indiz für natürliche Klimaschwankungen? Wie hoch wird die Temperatur steigen, wenn die Weltwirtschaft ohne klimapolitische Restriktionen weiterläuft? Welche Folgen würden sich daraus ergeben? Der Dissens bezieht sich hier – anders als in Wertkonflikten – nicht auf die normative Bewertung dieser Folgen. Es ist umstritten, dass eine globale Erwärmung von vier oder fünf Grad Celsius bis zum Jahre 2100 für einen Großteil der Weltbevölkerung katastrophale Folgen hätte. Im Vordergrund der Kontroverse steht die Frage nach der Zuverlässigkeit der (gegensätzlichen) Prognosen über die Eintrittswahrscheinlichkeit der allgemein als negativ bewerteten Ereignisse sowie die Zurechenbarkeit von Handlungsfolgen. Es wird um die Plausibilität von Risikoberechnungen, Folgenabschätzungen und Zukunftsszenarien gerungen und damit letztlich um Wahrheitsansprüche gestritten.

Die verschiedenen Positionen haben trotz aller Differenzen eines gemeinsam: Sie teilen die Überzeugung, dass diese Konflikte nur durch die Wissenschaft vernünftig prozessiert werden können, also durch die Macht der Zahlen und Fakten. Vielfach lautet die Erwartung: Sofern ein weitreichender Expertenkonsens in diesen Risiko- und Umweltfragen existiert, ist die Politik dazu angehalten, die wissenschaftlich angeratenen Maßnahmen durchzusetzen. Aus diesem Grund existiert gerade im Klimabereich ein anhaltender und intensiver Streit um das Ausmaß des Expertenkonsenses, der auch mit wissenschaftlichen Mitteln ausgetragen wird.³³ An dieser Stelle deutet sich ein Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik an, auf das schon Hannah Arendt hingewiesen hat. Zwar wird die Wissenschaft von der Politik als Argumentations- und Legitimationsressource geschätzt und geschützt, zumindest in liberalen Demokratien. Doch gleichzeitig, so Arendt, trage die Wahrheit »ein Moment des Zwangs in sich. [...] Vom Standpunkt der Politik aus gesehen hat die Wahrheit einen despatischen Charakter«.³⁴ Schließlich

³² Beck 2012.

³³ Mittlerweile hat sich sogar ein eigener Forschungszweig etabliert, den man *empirische Konsensforschung* nennen könnte. Das Ziel dieser Forschung besteht darin, das Ausmaß des Expertenkonsenses in der Frage des anthropogenen Klimawandels in Zahlen darzustellen. Startpunkt dieser quantitativen Konsensforschung war eine *Science*-Publikation im Jahr 2004 (Oreskes 2004). Inzwischen geht man innerhalb der Klimaforschung von einem weitreichenden Expertenkonsens aus (über 90 Prozent); durchaus prominente Außenseiterstimmen freilich setzen aufgrund eigener Berechnungen den Konsens deutlich niedriger an (etwa 30 Prozent). Dem quantifizierten Ausmaß des Expertenkonsenses wird eine Signalwirkung zugeschrieben, die jede weitere politische Debatte praktisch erübriggt, weil die Zahlen vermeintlich für sich selbst sprechen (vgl. Bogner 2021, S. 25 ff.).

³⁴ Arendt 2000 [1967], S. 555.

adressiert sie an die Politik kaum relativierbare Instruktionen, wenn sie erst einmal breit akzeptiert ist.

Freilich gilt es einschränkend darauf hinzuweisen, dass ein als überlegen anerkanntes Wissen nicht von sich aus – sozusagen automatisch – Handlungszwänge generiert. Um diese Zwangswirkung zu entfalten, muss das Wissen oder die Tatsachenbehauptung an eine konsensuelle Wertebasis zurückgebunden sein. Jedes, auch das bessere Wissen der Wissenschaft kann nur dann unmittelbar zum politischen Appell werden, wenn dieses Wissen auf Werte referenziert, die außer Streit stehen. An einem Beispiel aus dem Corona-Zeitalter: Die Feststellung, dass die Reproduktionszahl R deutlich größer als eins ist, löst automatisch politischen Alarm aus, weil die hohe Priorität des Gesundheitsschutzes unbestritten ist. Das heißt: In vielen Fällen ist der Rekurs auf Expertenwissen für politische Entscheidungen ausreichend, weil die damit verbundene Abstraktion von der Werteebene kein Anlass für Konflikte ist. Das heißt, ein stabiler Wertekonsens ermöglicht eine Auseinandersetzung über viele Streitfragen in epistemischen Kategorien. Problematisch wird diese enge Kopplung zwischen Wissen und Werten erst dann, wenn der Wertemonismus aufgebrochen wird, etwa weil die Bedeutung des weithin geteilten Basiswerts für den konkreten Fall umstritten ist oder weil rivalisierende Werte ins Spiel gebracht werden.

Zur politischen Logik von Wertkonflikten

Anders gelagert sind wiederum gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen, in denen der Streit um Werte die zentrale Thematisierungsweise charakterisiert. Typisch dafür sind etwa biopolitische Kontroversen wie jene um die Stammzellforschung, die Präimplantationsdiagnostik, Sterbehilfe oder – wie jüngst politisch zu entscheiden – die Organtransplantation. Zwar spielt auch hier naturwissenschaftliches Sachstandswissen eine wichtige Rolle. Im Kern handelt es sich freilich um Kontroversen, die in moralischen Begriffen und unter Rückgriff auf ethische Begründungen geführt werden. Wann ist es legitim, einen Menschen für tot zu erklären – im Fall des Herztods, beim Hirntod oder schon beim Teilhirntod?dürfen wir uns zum Gestalter unserer eigenen Natur aufschwingen (Stichwort *Neuro Enhancement*)? Oder, man denke nur an die hochkontrovers geführten Debatten zum deutschen Stammzellgesetz: Handelt es sich beim »Verbrauch« von Embryonen um das Töten von schützenswertem menschlichen Leben? Oder sind frühe Embryonen lediglich »Zellhaufen«, die man für Forschungen in therapeutischer Absicht verwenden darf?

Zwar sind auch Wissenskonflikte typischerweise durch Expertendissens geprägt – darauf hatte bereits Ulrich Beck frühzeitig am Beispiel etwa der Atomkraft hingewiesen.³⁵ Gleichwohl schwingt in solchen Kontroversen immer die Hoffnung – wenn nicht die Erwartung – mit, dass eine Verbesserung des wissenschaftlichen Instrumentariums und der Datenbasis, eine differenziertere Modellbildung oder der erweiterte Einsatz von Künstlicher Intelligenz künftig besseres, eindeutigeres

35 Beck 1986.

und sichereres Wissen ermöglichen werde. In Wertkonflikten gibt es eine solche Hoffnung auf potenzielle Einigungsfähigkeit qua Wissenschaftsfortschritt kaum. Dies demonstrieren anschaulich die ausführlichen Stellungnahmen der entsprechenden Politikberatungsinstitutionen, etwa des »Nationalen«, später des »Deutschen Ethikrates« oder der einschlägigen Enquetekommissionen zu biopolitischen Themen. Neben einer Übersicht über den Stand der gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse wie auch der zentralen Kontroversen bieten sie häufig gespaltene Voten und Empfehlungen. Über alle wichtigen inhaltlichen Anregungen für die öffentliche und die politische Debatte hinaus, die diese Stellungnahmen bieten, machen sie vor allem die expertielle Nicht-Entscheidbarkeit von Wertkonflikten sichtbar.³⁶

Dies autonomisiert die Politik gegenüber denjenigen Expertenräten, die von der Politik selbst zu ihrer Beratung eingerichtet wurden, und erhöht paradoixerweise zugleich die Legitimität der politischen Entscheidung, obwohl sie sich nicht qua Berufung auf das Expertenurteil rechtfertigen können: Die Fachleute demonstrieren, dass es sich um komplexe entscheidungsnotwendige Fragen handelt, sichten den aktuellen Stand des Wissens, systematisieren die ethischen Aspekte der Thematik – doch entscheiden muss dann die (nunmehr expertiell fundierte, aber nicht determinierte) Politik. Die entsprechenden Bundestagsdebatten sind wiederholt als »Sternstunden« des Parlamentarismus bezeichnet worden, weil hier – zumeist unter Aufhebung des Fraktionszwangs – genuin politisch diskutiert und gestritten und schließlich auch entschieden wird.

Kennzeichnend für Wertkonflikte ist, dass die einbezogene Expertise nicht nur wissenschaftlicher Natur ist. Im Zuge der großen bioethischen Debatten gab es starke Bemühungen von Seiten der Politik, die Bürgerinnen und Bürger (mit ihrer »Laien-Expertise«) frühzeitig und intensiv einzubeziehen. Im Rahmen von EU-Projekten oder auf Initiative nationaler Forschungsförderungsinstitutionen wie dem britischen BBSRC wurden großangelegte Beteiligungsprojekte und Dialogverfahren durchgeführt, ja es entwickelte sich eine regelrechte »Partizipationsindustrie«, die sich darauf spezialisierte, eine oftmals indifferente oder sogar desinteressierte Öffentlichkeit für solch abstrakte und schwierige Themen wie Stammzellforschung, Nanotechnologie oder synthetische Biologie zu mobilisieren.³⁷

Wenn Wertfragen im Vordergrund stehen, kann man in liberaldemokratisch-pluralistischen Gesellschaften niemanden mit guten Gründen vom Diskurs ausschließen. Sofern es vorrangig um die Frage des besseren Wissens geht, ergibt sich kein vergleichbarer Partizipationsdruck. Bei diffizilen Risiko-, Umwelt- und Gesundheitsthemen kann Laienexpertise zwar eine wichtige Ergänzung oder Korrektur der Wissenschaft darstellen, wie die Wissenschaftsforschung gezeigt hat.³⁸ Im Mittelpunkt solcher Kontroversen steht jedoch die (natur)wissenschaftliche Expertise, und sie bleibt auch der maßgebliche Bezugsrahmen für Partizipationsbestrebungen (aktuell etwa im Energiebereich). Mit Blick auf politische Entschei-

36 Bogner et al. 2008.

37 Bogner 2010.

38 Vgl. dazu Wynne 1992; Irwin 1995; Epstein 1996.

dungsprozesse kann insbesondere jene Expertise auf Resonanz rechnen, die typisch epistemische Ansprüche von Objektivität und Evidenzbasierung erfüllt.

6. Fazit: Der Wandel der Thematisierungsweisen und die Rückkehr des Politischen

Was heißen diese Vergleichsfälle aus Klimakonflikten und Biomedizin nun für die aktuelle Corona-Krise? Zunächst: Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in drängenden und potenziell konflikthaften Fragen hängt ab von den dominanten Thematisierungsweisen, innerhalb derer die Problematiken verhandelt werden. Was als Auseinandersetzung um Wissen debattiert wird, bindet Politik enger an den zwanglosen Zwang des wissenschaftlichen Arguments. In Wertkonflikten autonomisiert sich die Politik gegenüber der Wissenschaft, ohne jedoch automatisch den Legitimationsgewinn durch den Expertenrat zu verlieren (zumindest solange die Politik der Wissenschaft die geeigneten Foren, sprich Räte und Kommissionen, einrichtet). Denn auch politische Entscheidungen in Feldern, die in Wertkategorien gerahmt sind, müssen sich gegenüber der Öffentlichkeit als wohl begründet und wissenschaftlich fundiert ausweisen. Die Fachleute geben hier aber keine autoritativen Antworten, sondern legen wissenschaftliche Fundamente frei, sortieren und bündeln differierende Positionen und systematisieren Argumente. Sie demonstrieren die Entscheidungsnotwendigkeit, zugleich aber auch die wissenschaftliche Unentscheidbarkeit – und damit die Notwendigkeit genuin politischer Entscheidungsfindung.³⁹

Wie wir gesehen haben, befinden sich die Thematisierungsweisen in der Corona-Krise in Bewegung. Zu beobachten war zunächst eine Pluralisierung der politischen Argumente innerhalb der epistemischen Thematisierungsweise, was schließlich zur Vorrangstellung der normativen Thematisierungsweise im Kontext offener Kontroversen um die Verhältnismäßigkeit der politischen Maßnahmen führte. Setzt sich die zu beobachtende Entwicklung in Richtung eines Streits um wertgebundene Zwecksetzungen weiter fort, dürfte das bedeuten, dass wir mit jeder neuen Corona-Welle intensivere, genuin politische Debatten und Streitigkeiten erleben werden. Der Modus des kaum problematisierten Zweckhandelns nach administrativer Logik, wie er die erste Phase der politischen Krisenbewältigung geprägt hat, würde endgültig ein Ende finden. Das bedeutet nicht, dass wissenschaftliche Expertise künftig in den Hintergrund tritt, aber sie pluralisiert sich, und zugleich wird der legitimatorische Bezug von Politik auf Expertise ein anderer: Politisches Handeln weist sich nicht länger durch den Verweis auf den notwendigen Vollzug wissenschaftlich begründeter Maßnahmen aus, sondern vollzieht sich – expertiell informiert, aber nicht determiniert – in einem eigenen Register des Politischen. Mit anderen Worten: Entscheidungen werden wieder als genuin politische vollzogen und auch als solche begründet. Dies dürfte den Streit

39 Vgl. Bogner, Menz 2002.

zwischen den politischen Parteien, der anfangs coronaschockbedingt zugunsten der Exekutive stillgestellt war, vertieft.

Zugleich – und das ist derzeit noch kaum thematisiert – müsste sich das Verhältnis zwischen Politik und Öffentlichkeit verändern. Bislang wurde allenfalls in repräsentativen Umfragen die allgemeine Stimmungslage beziehungsweise Zustimmung zur Regierungspolitik abgefragt. Aber auch organisierte Laienpartizipation, wie sie bislang typisch für Wertkonflikte war, dürfte im aktuellen Fall keinesfalls ausreichen. Denn anders als in den biomedizinischen Fragen, für die die Laien erst sensibilisiert und aktiviert werden mussten, stellt die Corona-Krise praktisch die gesamte Bevölkerung vor individuell unmittelbar erlebbare Probleme und Herausforderungen. Es dürfte sich also ein viel höherer Druck in Richtung stärkerer Öffentlichkeitsbeteiligung ergeben, als er bislang für Wertkonflikte typisch war. Politischer Protest fand in der ersten Phase zunächst gar nicht statt, in Phase zwei schließlich überwiegend in Form von demonstrativem Irrationalismus (»Verschwörungstheorien«).

Anlässlich sogenannter Querdenker-Demos in vielen deutschen Städten ist auf handgemalten Transparenten zu lesen, dass Covid-19 nicht bedrohlicher sei als jede andere Grippewelle. 5G-Technologie und Funkmasten wurden als wahre Auslöser der Pandemie betrachtet; Impfgegnerinnen und -gegner sahen die Corona-Krise als politische Inszenierung, um Zwangsimpfungen durchsetzbar zu machen. Bill Gates steuerte die Pandemie, um an den Impfungen zu verdienen. Und so weiter. Diese Proteste waren also nicht nur gegen die Politik und ihre konkreten Maßnahmen gerichtet; sie hatten immer auch eine anti-wissenschaftliche Schlagseite: Man opponierte gegen eine vermeintlich autoritative Instanz, die, so die Annahme, als Teil des »Establishments« heimlich Politik betrieb, indem sie mittels überlegener Rationalität festlegte, was rational und politisch richtig ist. Folgt man der Logik dieser Proteste, kann sich politische Emanzipation nur als eine Emanzipation von den Fakten realisieren.

Ob diese Proteste auf ein neues Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit hindeuten, ist derzeit schwer zu beurteilen. Um – in unserem Sinne – von einer dritten Phase sprechen zu können, müssten die Proteste auf eine Transformation oder Ausdifferenzierung der bislang dominanten Thematisierungsweisen hindeuten. Doch die Demonstrierenden beziehen sich einerseits auf allgemein geteilte Werte (wie zum Beispiel Freiheit oder Privatsphäre), ohne freilich deren behauptete Beeinträchtigung durch die Corona-Politik nachvollziehbar zu begründen. Andererseits weist die erhöhte Sichtbarkeit von Verschwörungstheorien darauf hin, dass mittels »alternativer« Wahrheitsbehauptungen das in der Corona-Krise nach wie vor dominierende Expertenwissen herausgefördert werden soll. So könnten sich die Proteste einerseits als problematische Steigerungsform einer revitalisierten, pluralistischen Debatte und Protestkultur verstehen lassen. Andererseits zeigen relevante Teile der Protestierenden eine deutliche Affinität zu autoritären Politikkonzepten, was darauf schließen lässt, dass wissenschaftliche und politische Pluralität nur angestrebt wird, solange die eigene Position eine Minderheitenposition ist. Ob die Proteste als Schrittmacher auf dem Weg in eine dritte Phase wirken, wäre demnach noch offen.

Literatur

- Arendt, Hannah 2000 [1967]. »Truth and Politics«, in *The Portable Hannah Arendt*, hrsg. v. Baehr, Peter, S. 545–575. New York: Penguin Books.
- Beck, Silke 2012. »From Truth to Trust. Lessons Learnt from ›Climategate‹«, in *Environmental Governance. The Challenge of Legitimacy and Effectiveness*, hrsg. v. Hogl, Karl; Kvarda, Eva; Nordbeck, Ralf; Pregernig, Michael, S. 220–241. Cheltenham: Edward Elgar.
- Beck, Ulrich 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bogner, Alexander 2010. »Partizipation als Laborexperiment. Paradoxien der Laiendeliberation in Technikfragen«, in *Zeitschrift für Soziologie* 39, 2, S. 87–105.
- Bogner, Alexander 2021. *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang 2002. »Wissenschaftliche Politikberatung? Der Dissens der Experten und die Autorität der Politik«, in *Leviathan* 30, 3, S. 384–399.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang 2006 a. »Wissen und Werte als Verhandlungsform. Ethikexpertise in der Regulation der Stammzellforschung«, in *Deutsche Stammzellpolitik im Zeitalter der Transnationalisierung*, hrsg. v. Wink, Rüdiger, S. 141–163. Baden-Baden: Nomos.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang 2006 b. »Wissenschaftskriminalität. Der koreanische Klonskandal und die Bedeutung der Ethik«, in *Leviathan* 34, 2, S. 270–290.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang 2010. »Konfliktlösung durch Dissens? Bioethikkommisionen als Instrument der Bearbeitung von Wertkonflikten«, in *Umwelt- und Technikkonflikte*, hrsg. v. Feindt, Peter H.; Saretzki, Thomas, S. 335–353. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang; Schumm, Wilhelm 2008. »Ethikexpertise in Wertkonflikten. Zur Produktion und politischen Verwendung von Kommissionsethik in Deutschland und Österreich«, in *Wissensproduktion und Wissenstransfer. Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit*, hrsg. v. Mayntz, Renate; Neidhardt, Friedhelm; Weingart, Peter; Wengenroth, Ulrich, S. 243–268. Bielefeld: transcript.
- Brown, Mark B.; Lentsch, Justus; Weingart, Peter 2006. *Politikberatung und Parlament*. Opladen: Barbara Budrich.
- Callaghan, Frauke; Schnell, Karen 2001. »Assessing the Democratic Debate: How the News Media Frame Elite Policy Discourse«, in *Political Communication* 18, 2, S. 183–213.
- Chong, Dennis; Druckman, James N. 2007. »Framing Public Opinion in Competitive Democracies«, in *American Political Science Review* 101, 4, S. 637–655.
- Deutscher Ethikrat 2020. *Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise. Ad-hoc-Empfehlung*. Berlin: Deutscher Ethikrat.
- Epstein, Steven 1996. *Pure Science: Aids, Activism, and the Politics of Knowledge*. Berkeley: University of California Press.
- Irwin, Alan 1995. *Citizen Science: A Study of People, Expertise and Sustainable Development*. London: Routledge.
- Karliczek, Anja 2020. »Die Stunde der Erklärer«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. April 2020, S. N1.
- Lane, Robert E. 1966. »The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society«, in *American Sociological Review* 31, 5, S. 649–662.
- Leopoldina 2020 a. *Coronavirus-Pandemie in Deutschland: Herausforderungen und Interventionsmöglichkeiten*. www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020-03-21_Leopoldina_a_Coronavirus-Pandemie_in_Deutschland_01.pdf (Zugriff vom 04.01.2021).
- Leopoldina 2020 b. *Zweite Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Gesundheitsrelevante Maßnahmen*. www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_03_Leopoldina_Stellungnahme_Gesundheitsrelevante_Ma% C3%9Fnahmen_Corona.pdf (Zugriff vom 04.01.2021).
- Leopoldina 2020 c. *Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden*. www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus -Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf (Zugriff vom 04.01.2021).

- Lohse, Eckart 2020. »Am Wendepunkt«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. April 2020, S. 2.
- Luhmann, Niklas 1984. *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Macnaghten, Phil; Davies, Sarah R.; Kearnes, Matthew 2015. »Understanding Public Responses to Emerging Technologies: A Narrative Approach«, in *Journal of Environmental Policy & Planning* 21, 5, S. 504–518.
- Nassehi, Armin 2020. »Nicht Einzelne sind infiziert, sondern die ganze Gesellschaft«, in *Der Tagesspiegel* vom 11. April 2020. www.tagesspiegel.de/politik/ueber-die-hyperkomplexität-der-corona-krise-nicht-einzelne-sind-infiziert-sondern-die-ganze-gesellschaft/25733056.html (Zugriff vom 04.01.2021).
- Nisbet, Matthew C. 2010. »Framing Science: A New Paradigm in Public Engagement«, in *Communicating Science. New Agendas in Communication*, hrsg. v. Kahlor, Lee Ann; Stout, Patricia A., S. 40–67. New York, London: Routledge.
- Oreskes, Naomi 2004. »The Scientific Consensus on Climate Change«, in *Science* 306, S. 1686.
- Pennekamp, Johannes 2020. »So tödlich sind Wirtschaftskrisen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. März 2020, S. 16.
- Schmoll, Heike 2020. »Nachdenken im Schnelldurchgang. Wie eine Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina entsteht«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. April 2020, S. 8.
- Schön, David A.; Rein, Martin 1994. *Frame Reflection. Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies*. New York: Basic Books.
- Schrappe, Matthias; François-Kettner, Hedwig; Gruhl, Matthias; Knieps, Franz; Pfaff, Holger; Glaeske, Gerd 2020. *Thesenpapier zur Pandemie durch SARS-CoV-2/Covid-19: Datenbasis verbessern – Prävention gezielt weiterentwickeln – Bürgerrechte wahren*. www.zvfk.de/uploads/Thesenpapier_zur_Pandemie_durch_SARS-CoV-2_Covid-19.pdf (Zugriff vom 04.01.2021).
- Simmel, Georg 1958 [1908]. »Der Streit«, in *Georg Simmel: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, S. 186–255. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stichweh, Rudolf 2020. »Simplifikation des Sozialen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. April 2020, S. 9.
- van Hulst, Merlijn; Yanow, Dvora 2014. »From Policy ›Frames‹ to ›Framing‹: Theorizing a More Dynamic, Political Approach«, in *The American Review of Public Administration* 46, 1, S. 92–112.
- Weingart, Peter 2001. *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft, Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Wynne, Brian 1992. »Misunderstood Misunderstanding: Social Identities and Public Uptake of Science«, in *Public Understanding of Science* 1, 3, S. 281–304.

Zusammenfassung: Im Verlauf der Corona-Krise wird ein verändertes Verhältnis von wissenschaftlicher Expertise und politischer Entscheidungsrationallität deutlich, das sich vor dem Hintergrund sich wandelnder »Thematisierungswisen« von Konflikten deuten lässt: Während in einer ersten Phase politische Entscheidungen eng an medizinische und virologische Expertise angebunden blieben, pluralisierten sich mit dem Übergang zur Thematisierung als »Wertkonflikte« die politischen Bezüge auf Expertenwissen und gewannen an Distanz. Sobald Werteaspekte in den Vordergrund treten, erhöht sich also die Autonomie der Politik; Konflikte hingegen, die sich auf epistemische Aspekte konzentrieren, steigern die Gefahr des Szientismus.

Stichworte: Wissenschaftsforschung, Rahmenanalyse, Expertise, politische Entscheidung, Corona

Knowledge and Values in Conflict. On the Relationship between Expertise and Politics in the Corona Crisis

Summary: In the course of the Corona crisis, a changed relationship between scientific expertise and political decision-making becomes apparent; this can be interpreted against the background of changed »modes of thematising« conflicts: While in the first phase political decisions remained closely tied to medical and virological expertise, the political references to expert knowledge pluralised and gained distance in the course of the transition to a thematisation as »value conflicts«. As soon as value aspects come to the fore, the autonomy of politics increases; on the other hand, conflicts which focus on epistemic aspects enhance the danger of scientism.

Keywords: science studies, framing, expertise, political decision-making, Corona

Autoren

Alexander Bogner
Österreichische Akademie der Wissenschaften
Institut für Technikfolgenabschätzung
Apostelgasse 23
1030 Wien
Österreich
abogner@oeaw.ac.at

Wolfgang Menz
Universität Hamburg
Fachbereich Sozialökonomie
Welckerstr. 8
20354 Hamburg
Deutschland
wolfgang.christian.menz@uni-hamburg.de